

§ 114 Schülerbeförderung

(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte sind Träger der Schülerbeförderung. Sie haben die in ihrem Gebiet wohnenden Kinder, die einen Schulkindergarten besuchen oder die an besonderen Sprachfördermaßnahmen gemäß § 64 Abs. 3 teilnehmen, sowie die in ihrem Gebiet wohnenden Schülerinnen und Schüler

1. der 1. bis 10. Schuljahrgänge der allgemeinbildenden Schulen,
2. der 11. und 12. Schuljahrgänge im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung der Förderschulen,
3. der Berufseinstiegsschule,
4. der ersten Klasse von Berufsfachschulen, soweit die Schülerinnen und Schüler diese ohne Sekundarabschluss I - Realschulabschluss - besuchen,

unter zumutbaren Bedingungen zur Schule zu befördern oder ihnen oder ihren Erziehungsberechtigten die notwendigen Aufwendungen für den Schulweg zu erstatten. Die Schülerbeförderung gehört zum eigenen Wirkungskreis der Landkreise und kreisfreien Städte.

(2) Die Landkreise und kreisfreien Städte bestimmen die Mindestentfernung zwischen Wohnung und Schule, von der an die Beförderungs- oder Erstattungspflicht besteht. Sie haben dabei die Belastbarkeit der Schülerinnen und Schüler und die Sicherheit des Schulweges zu berücksichtigen. Die Beförderungs oder Erstattungspflicht besteht in jedem Fall, wenn Schülerinnen oder Schüler wegen einer dauernden oder vorübergehenden Behinderung befördert werden müssen.

(3) Die Beförderungs- oder Erstattungspflicht besteht nur für den Weg zur nächsten Schule der von der Schülerin oder dem Schüler gewählten Schulform. Abweichend von Satz 1 gilt eine als nächste Schule, wenn

1. sie wegen der Festlegung von Schulbezirken besucht werden muss (§ 63 Abs. 3 Sätze 1 und 2),
2. sie wegen der Festlegung eines gemeinsamen Schulbezirks besucht werden darf (§ 63 Abs. 3 Satz 3),
3. sie aufgrund einer Überweisung nach § 59 Abs. 5 Satz 1, § 61 Abs. 3 Nr. 4, § 69 Abs. 2 Satz 1 oder einer Gestattung nach § 63 Abs. 3 Satz 4 besucht wird,
4. sie aus dem in § 63 Abs. 4, § 137 oder § 138 Abs. 5 genannten Grund besucht wird und diese Schule die nächstgelegene mit dem nach § 63 Abs. 4, § 137 oder § 138 Abs. 5 gewählten Schulangebot ist,
5. sie, falls eine Förderschule besucht wird, die nächste Förderschule mit dem Förderschwerpunkt ist, der dem Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung entspricht, oder
6. sie, falls eine Berufseinstiegsschule oder eine Berufsfachschule besucht wird, die nächste Schule derselben Schulform mit dem gewählten Bildungsgang ist.

Schulen, die wegen einer Aufnahmebeschränkung (§ 59 a) nicht besucht werden können, bleiben außer Betracht. Als Schulform im Sinne des Satzes 1 gilt auch die jeweils gewählte Form

1. der Gesamtschule nach § 12 oder § 183 b Abs. 1 oder
2. der Oberschule nach § 10 a Abs. 2 oder 3.

Liegt die nächste Schule außerhalb des Gebietes des Trägers der Schülerbeförderung, so kann dieser seine Verpflichtung nach Absatz 1 auf die Erstattung der Kosten der teuersten Zeitkarte des öffentlichen Personennahverkehrs beschränken, die er für die Schülerbeförderung in seinem Gebiet zu erstatten hätte; dies gilt nicht, wenn eine Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium gewählt wird und eine Schule der gewählten Schulform nur außerhalb des Gebiets des Trägers der Schülerbeförderung unter zumutbaren Bedingungen erreichbar ist oder wenn eine Förderschule besucht wird.

(4) Wird nicht die Schule besucht, bei deren Besuch ein Erstattungsanspruch bestünde, so werden die notwendigen Aufwendungen für den Weg zu der besuchten Schule erstattet, jedoch nur, soweit sie die nach Absatz 3 erstattungsfähigen Aufwendungen nicht überschreiten.

(5) Ein Erstattungsanspruch besteht nicht, wenn für den Weg

1. zu der besuchten Schule oder
2. zu derjenigen Schule, die nach Absatz 3 als nächste Schule gilt, eine Beförderungsleistung des Trägers der Schülerbeförderung in Anspruch genommen werden kann.

(6) Die Landkreise können mit den kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden vereinbaren, dass von diesen die den Landkreisen als Träger der Schülerbeförderung obliegenden Aufgaben durchgeführt werden. Die Landkreise erstatten den Gemeinden und Samtgemeinden ihre Kosten mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

Antrag auf Ausstellung eines Schüler-Sammelzeittickets (SSZT) des Verkehrsgemeinschaft Bremen / Niedersachsen GmbH (VBN) bei Besuch von Schulen außerhalb des Landkreises / Schulen in freier Trägerschaft

zu richten an den
Landkreis Oldenburg, Schulamt, Hochbau (40), Delmenhorster Str. 6, 27793 Wildeshausen

1. Name und Vorname eines Erziehungsberechtigten
--

2. Straße, Hausnummer

3. Postleitzahl, Wohnort

4. Telefonnummer; ggf. E-Mail

Ich beantrage hiermit die Ausstellung eines Schüler-Sammelzeittickets der Verkehrsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (VBN) für das unter Nr. 5 genannte Schulkind.

(Hinweis: Der Antrag ist schuljährlich neu zu stellen.)

5. Name und Vorname des Schulkindes	6. Geburtsdatum	7. Klasse im neuen/derzeitigen Schuljahr
-------------------------------------	-----------------	--

8. Schule (bitte genaue Bezeichnung)

9. Ort der Einstiegshaltestelle (z.B. Kirchhatten)	10. Bezeichnung der Einstiegshaltestelle (z.B. Kirchhatten Markt)
--	---

Ich bin mit der Aushändigung des Schüler-Sammeltickets in der Schule gegen Empfangsbestätigung an das unter Nr. 5 genannte Schulkind einverstanden! Das Schüler-Sammelzeitticket wird durch eine Lehrkraft ausgegeben.

Das Schülersammelzeitticket hole ich direkt beim Landkreis Oldenburg, Schulamt, ab.

Mir sind der § 114 des Niedersächsischen Schulgesetzes und die Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Oldenburg vom 01.09.2014 bekannt. Ferner ist mir bekannt, dass bei Verlust des Schüler-Sammelzeittickets für die Ausstellung einer Ersatzkarte eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird. Sofern das Schüler-Sammelzeitticket aufgrund eines Wohnort- oder Schulwechsels des o.g. Schulkindes bzw. aus sonstigen Gründen nicht mehr benötigt wird, **verpflichte ich mich**, das Schülersammelzeitticket umgehend an den Landkreis Oldenburg, Schulamt, zurückzugeben.

Hinweise zum Datenschutz und zu Ihren Rechten können Sie der Homepage des Landkreis Oldenburg unter www.oldenburg-kreis.de/ordnung-und-verkehr/schuelerbefoerderung-oePNV/ entnehmen

Dieser Antrag ist unterzeichnet und von der Schule bestätigt 4 Wochen vor den Sommerferien beim Landkreis Oldenburg einzureichen.

Bestätigung der aufnehmenden Schule:
Die Angaben unter lfd. Nr. 1 bis 8 werden bestätigt.

Datum und Unterschrift des/der Antragstellenden

Stempel und Unterschrift der Schule

Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Oldenburg

Aufgrund der §§ 10 und 58 Abs. 1 Nr. 5 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung v. 17.12.2010 (Nds. GVBl. S.576), zuletzt geändert durch Gesetz v. 23.03.2022 (Nds. GVBl. S. 191) i.V.m. § 114 des Nds. Schulgesetzes (NSchG) in der Fassung v. 03.03.1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz v. 16.12.2021 (Nds. GVBl. S. 883) hat der Kreistag des Landkreises Oldenburg in seiner Sitzung am 12.07.2022 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Anspruchsberechtigung nach dem Nds. Schulgesetz (NSchG)

(1) Für die im Kreisgebiet wohnenden Kinder, die einen Schulkindergarten besuchen oder die vor ihrer Einschulung an besonderen Sprachfördermaßnahmen im Rahmen des § 64 Abs. 3 NSchG teilnehmen sowie für Schülerinnen und Schüler gemäß § 114 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis 4 NSchG besteht im Rahmen der Voraussetzungen nach dem NSchG ein Anspruch auf Beförderung zur nächsten Schule gemäß § 114 Abs. 3 NSchG bzw. auf Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Weg zur nächsten Schule, wenn der Schulweg die Mindestentfernung i.S.v. § 114 Abs. 2 Satz 1 NSchG in Verbindung mit § 2 dieser Satzung überschreitet. Ist auf Grund der Festlegung von Schulbezirken eine bestimmte Schule zu besuchen, so gilt diese als nächste Schule. Kann zwischen Schulen gewählt werden, für die ein gemeinsamer Schulbezirk festgelegt wurde, so besteht ein Anspruch für den Weg zu der gewählten Schule. Für die obengenannten Personengruppen werden im Weiteren nur die Bezeichnungen Schülerinnen und Schüler verwendet.

(2) Für Schülerinnen und Schüler, die wegen einer dauernden oder vorübergehenden Behinderung befördert werden müssen, besteht der Anspruch gemäß Absatz 1 unabhängig von der Mindestentfernung (§ 114 Abs. 2 S. 3 NSchG). Der Nachweis der Beförderungsbedürftigkeit hat grundsätzlich durch Vorlage eines ärztlichen Attestes zu erfolgen. Durch den Landkreis Oldenburg kann die Vorlage einer amtsärztlichen Bescheinigung verlangt werden.

(3) Liegt die nächste Schule außerhalb des Gebiets des Landkreises Oldenburg, ist die Verpflichtung nach Abs. 1 bezogen auf die Schulform beschränkt auf Preisstufe D im VBN-Tarif. Dies gilt nicht, wenn eine Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium gewählt wird und eine Schule der gewählten Schulform nur außerhalb des Landkreises Oldenburg unter zumutbaren Bedingungen gem. § 3 erreichbar ist. Bei der Vergleichsberechnung bleiben die Fälle nach § 63 Abs. 3 Satz 3 NSchG außer Betracht.

(4) Der Anspruch nach Abs. 1 besteht nur bei einem Besuch der nach dem Lehr- oder Stundenplan regelmäßig vorgesehenen Unterrichtsveranstaltungen. Hierzu gehören auch Betriebspraktika, wenn diese nach den Richtlinien zur Durchführung von Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen sowie für berufsbildende Schulen durchgeführt werden. Der Anspruch ist begrenzt auf die nächst erreichbare Stelle, bei der das Praktikum der gewünschten Fachrichtung möglich ist. § 1 Abs. 3 gilt entsprechend. Bei Schulwanderungen, Schullandheimaufenthalten, Besichtigungen, Schulfesten u.ä. Veranstaltungen besteht der Anspruch nur an Unterrichtstagen für den Weg zur Schule zu den gewöhnlichen Schulanfangszeiten mit den üblicherweise zur Verfügung stehenden Beförderungsmitteln. Fahrtkosten zum Schwimm-, Sport- und sonstigem Fachunterricht oder zu sonstigen Unterrichtsveranstaltungen sind für Wege im internen Schulbetrieb aufzuwenden und keine Schülerbeförderungskosten im Sinne von § 114 NSchG.

(5) Für den Weg zur nächsten Haltestelle eines vom Landkreis Oldenburg bestimmten Beförderungsmittels besteht der Anspruch nur, wenn der kürzeste Weg zwischen der Wohnung der Schülerin oder des Schülers und der Haltestelle die Mindestentfernung des § 2 dieser Satzung überschreitet oder für den gesamten Schulweg in eine Richtung die zumutbare Schulwegzeit gemäß § 3 regelmäßig überschritten wird.

§ 2 Mindestentfernungen

(1) Die Schulwegmindestentfernung gemäß § 1 Abs. 1 beträgt:

a) für Schülerinnen und Schüler

- der Vorklassen, Schulkindergärten und der ersten bis vierten Schuljahrgänge der allgemeinbildenden Schulen – **2 km**,
- der fünften bis zehnten Klassen der allgemeinbildenden Schulen – **3,5 km**,

b) für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II einschließlich der Berufsschule (§ 15 NSchG), der Berufsfachschule (§ 16 NSchG), der Berufseinstiegsschule (§ 17 NSchG), der Fachoberschule (§ 18 NSchG), des Beruflichen Gymnasiums (§ 19 NSchG) und der Fachschule (§ 20 NSchG) – **5 km**.

(2) Maßgebend für die Ermittlung der Mindestentfernung ist der kürzeste, benutzbare Weg zwischen der Haustür des Wohngebäudes der Schülerin / des Schülers bis zum nächstgelegenen, benutzbaren Eingang des Schulgebäudes (reiner Schulweg). Für die Ermittlung des Schulweges ist maßgeblich die vom Landkreis Oldenburg eingesetzte, geodatenbasierte Software.

(3) In besonders begründeten Ausnahmefällen übernimmt der Landkreis auf Antrag, unabhängig von der in Abs. 1 genannten Mindestentfernung, die Schülerbeförderung bzw. die Erstattung der notwendigen Aufwendungen, wenn der Schulweg zu Fuß oder mit dem Fahrrad nach den Gegebenheiten für Schülerinnen und Schüler besonders gefährlich ist. Die besondere Gefährlichkeit des Schulweges beurteilt sich ausschließlich nach den objektiven Gegebenheiten und ist anhand der durchschnittlichen Belastbarkeit, bezogen auf einen Schuljahrgang, auf eine Schulform oder einen Schulbereich (§ 5 NSchG) zu bewerten, nicht jedoch anhand der individuellen Belastbarkeit einzelner Schülerinnen oder Schüler. Die im Straßenverkehr üblicherweise auftretenden Gefahren stellen keine besondere Gefahr im Sinne dieser Bestimmung dar, es müssen besonders gefährliche Streckenabschnitte vorhanden sein (z.B. durch Fehlen von Geh- und Radwegen, Fehlen von Lichtzeichenanlagen an Kreuzungen). Die Gefährlichkeit des Schulweges muss durch den Landkreis Oldenburg festgestellt werden.

(4) Die in Absatz 1 a) genannten Mindestentfernungen können in Einzelfällen maximal um 1,0 km für die Sekundarstufen I und II, ansonsten um maximal 0,5 km überschritten werden, wenn eine ansonsten übliche Beförderung aufgrund der örtlichen Verhältnisse nicht eingesetzt werden kann.

§ 3 Zumutbare Schulwegzeiten

(1) Eine Überschreitung der gemäß § 114 Abs. 2 Satz 2 NSchG zu berücksichtigenden Belastbarkeit einer Schülerin / eines Schülers liegt grundsätzlich nicht vor, soweit folgende Schulwegzeiten nicht überschritten werden:

1. Bei Schulformen gemäß § 5 Abs. 2 Ziffer 1 a-f und i NSchG für Schülerinnen und Schüler

a) des Primarbereichs nicht mehr als 45 Minuten für den reinen Schulweg in eine Richtung,

b) des Sekundarbereiches I nicht mehr als 60 Minuten für den reinen Schulweg in eine Richtung,

c) des Sekundarbereiches II nicht mehr als 90 Minuten für den reinen Schulweg in eine Richtung.

2. Für Schülerinnen und Schüler an

a) Schulen mit besonderer pädagogischer Bedeutung gemäß § 141 Abs. 3 NSchG,

b) Ersatzschulen i.S.d. §§ 142, 154 NSchG, Ergänzungsschulen i.S.d. § 161 NSchG,

c) Schulen, deren Einzugsbereich das gesamte Kreisgebiet umfasst,

d) Schulen, die nicht identisch sind mit den nach Schulbezirkseinteilung zu besuchenden Schulen und für deren Besuch gemäß § 63 Abs. 3 Satz 4 NSchG oder gemäß § 137 NSchG eine Genehmigung von der Schulbehörde erteilt wurde und

e) Schulen, die als Folge eines nach § 63 Abs. 4 NSchG in Anspruch genommenen Wahlrechtes besucht werden,

für den Primarbereich nicht mehr als 60 Minuten, in den übrigen Bereichen nicht mehr als 90 Minuten für den reinen Schulweg in eine Richtung.

(2) Für Schülerinnen und Schüler an Schulen mit einem besonderen, überregionalen Angebot können im Einzelfall unter Abwägung der Zumutbarkeit für die/den zu befördernde/n Schülerin/Schüler mit dem öffentlichen Interesse an einer wirtschaftlichen Organisation der Schülerbeförderung die Grenzen der Zumutbarkeit höher angesetzt werden. Dies gilt auch für Betriebspraktika.

Bei der Berechnung sind für je 200 m Fußweg drei Minuten für Schülerinnen und Schüler nach Abs. 1 Ziffer 1 a) (Primarbereich), für je 250 m Fußweg drei Minuten für Schülerinnen und Schüler nach Absatz 1 Ziffer 1 b) (Sekundarbereich I) und für je 300 m Fußweg drei Minuten für Schülerinnen und Schüler nach Absatz 1 Ziffer 1 c) (Sekundarbereich II) anzusetzen. Dies gilt entsprechend für die Schülerinnen und Schüler nach Absatz 1 Nr. 2.

§ 4

Wartezeiten

(1) Neben der Zeit für den reinen Schulweg nach § 3 sind den Schülerinnen und Schülern übliche Wartezeiten auf Verkehrsmittel des Öffentlichen Personennahverkehrs oder sonstige eingesetzte Transportmittel zuzumuten.

(2) Bei auftretenden Unterrichtsausfällen (z.B. aufgrund extremer Witterungslagen oder aus kurzfristigen, schulorganisatorischen Gründen) besteht kein Anspruch auf Beförderung außerhalb des Fahrplanes. Die zusätzlich entstehenden Wartezeiten sind neben den üblichen Wartezeiten zumutbar. Bei witterungsbedingten Unterrichtsausfällen wird in den Schulen (landesrechtlich) eine Aufsicht/Betreuung gewährleistet.

§ 5

Zu benutzende Verkehrsmittel

(1) Die Schülerin / der Schüler hat das vom Träger der Schülerbeförderung bestimmte Beförderungsmittel zu benutzen. Die Beförderung wird - soweit möglich - im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs durchgeführt, sofern der Landkreis Oldenburg nicht sonstige Beförderungsleistungen zur Verfügung stellt. Es besteht kein Anspruch auf Beförderung mit einem besonderen Beförderungsmittel oder auf Mitbeförderung einer Begleitperson.

(2) Zur Schülerbeförderung kann ein privates Kraftfahrzeug gegen Erstattung der notwendigen Aufwendungen gemäß § 6 nur eingesetzt werden, wenn

a) die in §§ 3 und 4 genannten Schulweg- und Wartezeiten regelmäßig unzumutbar überschritten werden oder

b) Beförderungsmittel gemäß Abs. 1 nicht zur Verfügung stehen.

Die Entscheidung trifft der Träger der Schülerbeförderung.

§ 6

Notwendige Aufwendungen

(1) Notwendige Aufwendungen sind nur solche, die bei Benutzung des durch den Träger der Schülerbeförderung bestimmten Beförderungsmittels entstehen.

(2) Als notwendige Aufwendungen für den Schulweg gelten:

a) bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel die jeweils günstigsten Tarife,

b) bei der Benutzung eines als Beförderungsmittel bestimmten, privaten PKW für die Hin- bzw. Rückfahrt einer Schülerin / eines Schülers ein Betrag von 0,30 Euro je tatsächlich gefahrenen Kilometer, wenn und soweit die Fahrten ausdrücklich zum Zwecke der Schülerbeförderung durchgeführt werden.

Bei Mitnahme weiterer, anspruchsberechtigter Schülerinnen / Schüler erhöht sich dieser Betrag um 0,10 € je Entfernungskilometer für jeden weiteren Schüler bzw. für jede weitere Schülerin (ausgenommen Geschwisterkinder).

c) bei der Benutzung anderer als Beförderungsmittel bestimmter Kraftfahrzeuge (z.B. Mofa, Motorroller) für die Hin- bzw. Rückfahrt einer Schülerin / eines Schülers ein Betrag von 0,20 Euro je gefahrenen Kilometer, wenn und soweit die Fahrten ausdrücklich zum Zwecke des Schulbesuchs bzw. zum Zwecke der Schülerbeförderung durchgeführt werden.

(3) Bei der Inanspruchnahme von Beförderungsleistungen privater Träger werden die entstandenen Kosten maximal in der Höhe ersetzt, wie sie bei einer Beförderung mit dem privaten PKW nach Abs. 2b entstanden wären.

§ 7

Anträge auf Fahrtkostenerstattungen

(1) Der Anspruch auf Ersatz der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg sowie für Betriebspraktika ist bis zum 01.04. eines jeden Jahres für das abgelaufene 1. Schulhalbjahr sowie bis zum 01.10. eines jeden Jahres für das abgelaufene 2. Schulhalbjahr beim Landkreis Oldenburg geltend zu machen. Es handelt sich hierbei um eine Ausschlussfrist, für die das Datum des Antragseingangs beim Landkreis Oldenburg maßgebend ist.

(2) Bei Anträgen auf Fahrtkostenerstattung werden nur die nachweislich entstandenen notwendigen Aufwendungen nach § 6 für den Schulweg erstattet. Fahrbelege sind den Anträgen beizufügen.

§ 8

Erweiterung des Beförderungsanspruches für den Sekundarbereich II

(1) Der Beförderungsanspruch aus § 1 wird für alle im Landkreis Oldenburg wohnenden Vollzeitschülerinnen und -schüler des Sekundarbereichs II erweitert, soweit nicht ohnehin nach § 114 Absatz 1 NSchG ein gesetzlicher Anspruch besteht.

(2) Die Abgeltung des erweiterten Anspruchs erfolgt grundsätzlich in Form der Bereitstellung von Fahrkarten für die unentgeltliche Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Soll eine Schule eines benachbarten Schulträgers außerhalb des Kreisgebietes besucht werden, erfolgt eine Erstattung für die Beförderung im Kfz-Individualverkehr (Einzelfahrer und Fahrgemeinschaften) nur für anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler, wenn die angewählte Schule nicht zumutbar mit dem öffentlichen Personennahverkehr erreicht werden kann. § 3 Abs. 1 und 2 gelten entsprechend.

(3) Beim Besuch eines berufsbildenden Schulangebotes gem. § 2 Abs. 1 b) außerhalb der Trägerschaft des Landkreises Oldenburg besteht der erweiterte Beförderungsanspruch nur dann, wenn im Kreisgebiet kein entsprechendes Schulangebot vorhanden ist oder nachweislich eine Absage erteilt wurde.

(4) Beim Besuch eines allgemeinbildenden Schulangebotes außerhalb der Trägerschaft des Landkreises Oldenburg besteht der erweiterte Beförderungsanspruch nur dann, wenn der Wohnsitz im Schulbezirk der Graf-Anton-Günther-Schule besteht und ein Schulangebot in der Stadt Oldenburg in Anspruch genommen wird.

(5) §§ 2 Abs. 4 und 6 Abs. 2 gelten entsprechend für die Erweiterung des Beförderungsanspruches.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.08.2022 in Kraft, gleichzeitig tritt die Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Oldenburg in der Fassung v. 30.06.2016 außer Kraft.

Wildeshausen, den 14.07.2022

Dr. Christian Pundt
Landrat

Siegel